



Frisches Blut für unsere blutleere Demokratie

Wie groß ist die Aufregung unter den etablierten Parteien, wenn neue, vielversprechende Parteien sich aufmachen, den Mief aus unseren Parlamenten zu vertreiben. Dies war zur Zeit des Aufkommens der Grünen nicht anders wie später bei den Republikanern oder den Freien Wählern. Interessant ist, dass die ursprünglich selbst bekämpften Grünen sich nun vehement gegen die Partei „Die Freiheit“ stellen und dieser Gruppierung rechtspopulistische Tendenzen vorwerfen. Allen Gegnern einer demokratisch legitimierten Partei sei gesagt, dass unsere Demokratie von der Meinungsvielfalt lebt und das Unterdrücken anderer Meinungen ein Anschlag auf unsere Freiheit ist.

Wer mit offenen Augen das politische Treiben in Deutschland und Europa beobachtet, muss feststellen, dass viele Dinge sich absolut negativ entwickeln. Nicht nur, dass die Idee eines Europas der Vaterländer gegen den Irrsinn eines europäischen Superstaates getauscht wurde und auf dem Weg dorthin der Untergang ganzer Volkswirtschaften in Kauf genommen wird, nein, auch die Gesellschaften der Länder sollen entmischt und mit völlig neuen Wertgrundlagen geimpft werden.

Wer hätte beispielsweise gedacht, dass pädophile Ideen sich eines Tages in Kindergärten und Schulen breitma-

chen können? Allen Ernstes kann im Fernsehen darüber diskutiert werden, dass es etwas Wunderbares sei, wenn Kinder schon in jungen Jahren ihre Sexualität kennenlernen und ihnen Erwachsene den Weg dorthin zeigen. In Broschüren wird dafür geworben, dass Sex nicht nur zwischen Mann und Frau, sondern auch gleichgeschlechtliche Liebe normal sei und man dies ruhig ausleben dürfe. Da wird es wohl nicht mehr lange dauern, bis auch Tierliebhaber der abstoßenden Art zu ihrem besonderen Recht kommen.

Zuzug benötigt Augenmaß

Seit Jahren ist davon die Rede, dass Europa altert und man zur Aufrechterhaltung seiner Wirtschaftskraft auf Zuzug angewiesen ist. Zuzug im Übermaß aus völlig fremden Kulturen ist jedoch ein fataler Irrweg. Vielmehr gilt es, die Grundlagen für eigenen Nachwuchs zu schaffen und auszubauen. Es muss auch klar artikuliert werden, dass viele Zuzügler noch nicht einmal willens sind, sich zu integrieren und nicht selten nur an den Annehmlichkeiten eines Sozialstaates Interesse haben.

Ganz zu schweigen von den Leistungen des Nachwuchses dieser Kreise, der wohl zu einem nicht unbeträchtlichen Teil dereinst an der Wert-

schöpfung im Lande wenig Beitrag leisten wird, da die Laissez-faire-Einstellung vieler politisch Verantwortlicher die Grundlage dafür legt.

Auch in Sachen Krieg nimmt Deutschland mittlerweile eine beschämend negative Position ein. Der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee ist ein absoluter Skandal. Während größte Schwierigkeiten bestehen, problemlos hier lebende Islamisten sowie nicht als Asylanten anerkannte Einwanderer abzuschieben, werden unsere Jungs auf „Bitten“ der NATO in fernen Ländern verheizt, anstatt hier für Ordnung zu sorgen. Brennende Autos in Hamburg, Berlin und anderswo sollen von der Öffentlichkeit ebenso hingenommen werden, wie der kriminelle arabische Miri-Clan, der in Bremen für Angst und Schrecken sorgt.

Regeln zur Abschreckung

Für den steuerzahlenden Autofahrer existiert in Flensburg eine Verkehrsünderkartei, in der jede Verfehlung akribisch festgehalten wird. Ein Bußgeldkatalog sorgt für den sofortigen Griff ins Portemonnaie, wenn Verfehlungen begangen wurden. Etwas Ähnliches wäre auch für gewaltbereite Halbstarke nötig. Nach Feststellung der Personalien sollte von Haus aus gleich einmal eine saftige Geldstrafe sowie die Begleichung des Polizeieinsatzes, der Krankenhauskosten und ein Schmerzensgeld für das Opfer ohne lange Gerichtsverhandlung verhängt werden. Selbstverständlich ist der Führerschein auf unbefristete Zeit einzuziehen und wird erst wieder nach einem bestandenen psychologischen Eignungstest ausgehändigt. Dies würde die Lust am „Spaßprügeln“ wohl schnell erlahmen lassen und zudem die Kosten für die öffentlichen Kassen ganz massiv senken.

Von den etablierten Parteien hört man in dieser Richtung wenig. Vielmehr beschäftigen diese sich hauptsächlich mit sich selbst. Sie haben zu einem großen Teil ihre Fähigkeit verloren, unser Land in eine erfolgsver-



1 René Stadtkewitz, wurde am 9. Januar 1965 in Ost-Berlin geboren. Von 2001 bis 2005 und von 2006 bis 2007 war Stadtkewitz Vorsitzender der CDU Berlin-Pankow. Von März 2007 bis Oktober 2009 bekleidete er das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden. Er gründete am 28. Oktober 2010 in Berlin die Partei DIE FREIHEIT.

sprechende Zukunft zu führen. Stattdessen werden Beißreflexe aktiv, wenn frische, hoffnungsfrohe Parteien um den gefrusteten Wähler buhlen. Wenn die angesprochenen Probleme aktiv beseitigt worden wären, gäbe es für die neuen Parteien gar keinen Nährboden. Von daher dürfen sich die Kritiker der Jungparteien als deren eigentliche Geburtshelfer selbst an die Nase fassen, hier versagt zu haben.

Links ist der Abgrund

Es ist unzweifelhaft, dass linke Politik Deutschland und Europa in eine gefährliche Schiefelage gebracht hat. Es ist daher ein Glücksfall für Europa, dass es noch Leute gibt, die sich dem Mainstream in den Weg stellen und auf Gefahren, die in Europa lauern, hinweisen. Dazu gehört der Gründer der „Freiheit“, René Stadtkewitz ebenso, wie der Vorsitzende der Partei PVV, Geert Wilders oder Thilo Sarrazin, der mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“, viel Wahrheit zu Papier gebracht hat.

Diese Leute werden wohl dereinst in einer Reihe mit der Weißen Rose stehen, da auch deren Mitglieder einen Wahnsinn beenden wollten. Damals wurden solche Leute als Vaterlandsverräter umgebracht. Heute hingegen werden diese aufrecht gehenden Vorbilder wirtschaftlich und menschlich ruiniert, während islamistische Hetzer, pädophile Parlamentarier und mafiöse Bankiers frei herumlaufen.

Es ist ungeheuerlich, diese Personen dafür verantwortlich zu machen, wenn Irre, wie der Norweger Anders Behring Breivik Massaker unter den Men-

schen anrichten. „Rechtspopulist“ liest man in linken Blättern, wenn die Rede von Leuten ist, die unsere Freiheit und unseren Rechtsstaat verteidigen. Die sinkenden Auflagenzahlen dieser „Qualitätsblätter“ zeigen, dass die Leser über Persönlichkeiten wie Geert Wilders oder Thilo Sarrazin ganz anders denken und es satthaben, die Sicht linker Redakteure vorgesetzt zu bekommen, da in ihrem Lebensumfeld sich die Dinge eben anders entwickeln, als diese Blätter vorgaukeln.

Zu schade, dass auch klar denkende Menschen wie Münchens Oberbürgermeister Christian Ude vor der, nach den Worten von Ude „rechtspopulistischen“ Partei „Die Freiheit“ warnen, da diese angeblich bestimmte Bevölkerungsgruppen, insbesondere die Muslime, ausgrenzt. Der Islam sei im Parteiprogramm zum Feindbild erklärt worden. Diese Aussage des Münchner Oberbürgermeisters ist völlig aus der Luft gegriffen, denn im Grundsatzprogramm der „Freiheit“ wird ausschließlich der politische Islam sowie der Islamismus genannt, deren Ziele mit der deutschen und europäischen Wertordnung sowie unserem Grundgesetz nicht übereinstimmen und daher von dieser Partei zu Recht bekämpft wird.

Warum soll der Einsatz gegen religiösen Extremismus, der das Leben der Menschen weltweit bedroht, in Afghanistan richtig sein, in der Heimat jedoch nicht?

Noch niemals ist von der linken Spezies gefragt worden, wie es sein kann, dass Asylbewerber wenig Geld für Deutschkurse haben, jedoch zahlreiche Moscheen in einer unglaublichen Pracht nicht zuletzt mit deren Spendengeldern erbaut werden können. Zudem wurde noch nie festgestellt, dass hinter den Mauern dieser Moscheen zum Ausgleich und Dank, Deutschkurse angeboten wurden. Offensichtlich ist es für Moscheebau-Akteure wichtiger, Leuchttürme ihrer

Herrschaft in Europa zu errichten, als Kurse anzubieten, die ihren Landsleuten eine möglichst rasche Integration in die deutsche Gesellschaft ermöglichen würden. Nicht umsonst hat der bayerische Verfassungsschutz ein kritisches Auge etwa auf den Imam von Penzberg, da eben die islamische Religion für politische Zwecke von bestimmten Kreisen missbraucht wird.

Kampf gegen die Demokratie

Wer Parteien, wie „Die Freiheit“ bekämpft, bekämpft in Wahrheit unsere Demokratie. Aus diesem Grund wurde auch nach der Wende die PDS nicht verboten, da man hoffte, mit demokratischen Mitteln diese Pest ausmerzen zu können. Ausgerechnet diese Partei fühlt sich nun berufen, die Bürgerrechtspartei „Die Freiheit“ als von Rechtsextremisten unterwandert zu diskreditieren. Das Thüringer Innenministerium stellte jedoch klar, dass keine Anhaltspunkte vorliegen, die auf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen hinweisen.

Hingegen sitzen die ehemaligen Unterdrücker einer ganzen Nation heute als Mitglieder der PDS-Nachfolgepartei „Die Linke“ im Bundestag und sorgen dafür, dass etwa gegen Israel Stimmung gemacht wird. Selbst vor der Mitfahrt auf Schiffen, die die Gaza-Seeblockade durchbrechen sollen, schrecken diese Herrschaften nicht zurück. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass es schlicht gelogen ist, zu behaupten, Israel würde lebensnotwendige Waren des täglichen Bedarfs an der Grenze zu Gaza zurückweisen. Nachdem die Gazagrenzen nun von ägyptischer Seite offen sind, können sogar alle Waren, auch Waffen, problemlos ins Land gelangen.

Es bleibt also nur die Feststellung, dass die etablierten Parteien für unsere Demokratie eher zum Hindernis als zum Motor geworden sind. Wer nichts gegen die aufgeführten Missstände tut und diese sogar noch fördert, muss sich nicht wundern, wenn er dereinst durch frische, aufrecht gehende Politiker ersetzt wird.

www.welterdfertigung.de



2 Geert Wilders wurde am 6. September 1963 in Venlo geboren. Anfang 2006 gründete er die Partij voor de Vrijheid (Partei für die Freiheit). Die Partei trat bei den niederländischen Parlamentswahlen am 22. November 2006 an und erhielt auf Anhieb 5,9 Prozent und neun Sitze im Parlament. (Bild: Wikipedia)